

**Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Badische Presse. 1890-1944**  
**1922**

386 (23.8.1922) Mittagausgabe

Bezugspreise:  
In Karlsruhe: Im Verlage und in den Buchstücken abgedruckt mit einem M 50.—, freie im Handelsverkehr M 55.—  
Außwärts: Von unseren Agenturen bezogen M 55.— Durch die Post einsatz. Postabrechnung M 55.—  
Einzelzettel: M 2.—  
Anzeigen:

Die Badische Pressezeitung M 2.— auswärts M 12.— Stellengebühr und Ausgabenabrechnung M 15.— Die Zeitungsmiete M 45.—, ein erster Zettel M 50.— Bei Wiederholung ist der Rabatt, der bei Nichtentnahmung des Preises, bei gerichtlicher Verreibung und Konturierung einer Art tritt. Für Ausgaben und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Den Rabatt erhält der Gewerbebetrieb, der die Zeitung auf seine Anprüche bei vertraglichem oder Nichterheben der Zeitung.

# Badische Presse

Neue Badische Presse und Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Berbreitete Zeitung Badens

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von  
Gerd Thierstein.

Redakteur:

Dr. Walther Schreiber.  
Verantwortliche Redakteure:  
Für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Schreiber; für britisches Politik: M. Hollinger; für Auslandspolitik: A. Kumm; für Kunst, Wissenschaft u. Unterhaltung: M. Hollinger; für lokale Angelegenheiten u. Sport: Dr. Böckeler; für die Handelszeitung: Dr. H. Dreher; für Anzeigen: A. Niederschäfer,  
alle in Karlsruhe.  
Berliner Redaktion:  
Dr. Axel Meiner.

Fernredakteur:

Geschäftsstelle: Nr. 86.

Redaktion: Nr. 86 und 219.  
Geschäftsstelle:  
Büro und Sammlungsstelle, nächst Kaiserstraße und Martinstor.  
Postcheck-Konto: Karlsruhe Nr. 8359.

## Vanderlip über die europäische Krise.

### Dunkle Wolken über Europa.

Wirtschaftseinheit Europas. — Die Gefahren des Marktturzes. — Die Aussichten für die internationale Anleihe. — Das Problem der interalliierten Schulden.

S. Paris, 23. August. (Drahimeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Der amerikanische Bankier Vanderlip hat auf seiner Durchreise in Paris der „Information“ wichtige Erklärungen abgegeben über die Ansichten der amerikanischen Hochfinanz, die hinsichtlich der gegenwärtigen europäischen Krise bestehen. Den Kernpunkt der gegenwärtigen Lage bilden, so erklärte Vanderlip, weder die Reparationen noch die interalliierten Schulden, sondern er liegt in der

#### Einheitlichkeit der europäischen Wirtschaftslage.

Das Problem sei sehr verzweigt, weil Europa mehr Einwohner zahle, als es zu ernähren imstande sei. Europa sei zur Warenausfuhr gezwungen, aber die Handelsfreiheit bestehe nicht mehr. Der Sturz der Währung habe unabänderlich zur Katastrophe geführt. Die Lage Deutschlands sei zweifellos kritisch. Hier liege für Europa das dringendste Problem. Niemand hege Zweifel an der Berechtigung der französischen Reparationsansprüche, trotzdem sei es klar, daß Deutschland die von ihm verlangten Summen nicht sofort zahlen könne. Ob der Sturz der Mark abhängig oder unabhängig gewesen sei, Europa werde die Folgen zu tragen haben. Der Sturz der Mark bringt den industriellen Niedergang, Arbeitslosigkeit und erste soziale Unruhen. So verständlich die französische Haltung auch sei, Frankreich laufe aber Gefahr, viel weniger von Deutschland zu erhalten, je mehr es höhere Ansprüche stelle. Im vergangenen Juni seien die Aussichten für die Unterbringung einer großen, internationalen

len Anleihe auf dem amerikanischen Markt relativ günstig gewesen. Frankreich hätte einen Teil davon erhalten können. Es sei aber damals unmöglich gewesen, Deutschland einen Kredit zu gewähren, solange seine Reparationschuld auf 132 Goldmilliarden veranschlagt wäre. Heute aber seien die Aussichten infolge der Entwertung der Mark, die die Wirtschaftslage Deutschlands geschränkt, vielleicht weniger günstig.

#### Über die interalliierte Schuldenfrage

gab Vanderlip folgende interessante Erklärung ab: Hinsichtlich der interalliierten Schuldenfrage müsse gesagt werden, daß Amerika die Haltung Europas sehr schlecht aufnehme. Amerika sei der Ansicht, daß sein Beitrag am Kriege so bedeutend gewesen wäre, daß man heute nicht über die Rückzahlung der von ihm gestellten Summen streiten sollte. Wenn die Schulden wenigstens festgestellt hätten, wie können nicht zahlen aus den und den Gründen, dann hätte man für die Rückzahlung sicherlich milder Bedingungen stellen können. Man hätte vielleicht eine neue Anleihe gewährt, aber Europa habe eine Erklärung über diese Frage eröffnet, die das amerikanische Gefühl verletzt habe, weil sie den angeblichen Amerikaner Egoismus angreifen. Mit Ausnahme von England habe keine Nation Posten für die Rückzahlung der Schulden an Amerika in den Budgets vorgesehen, so daß man wirklich sagen könnte, daß die Schuldenfrage, trotz des Schlusses zur Lösung der Finanzlage bilden könnte. Die französischen Finanzwirte glaubten würden von niemand bezeugt werden. Bedenklich wäre die Tatsache, daß die gegenwärtige französische Schulde sehr drückend auf den finanziellen Zustand des Landes laste. 97 Milliarden kurzfristige Bonds, in denen die Pensionen eingebettet seien, liegen große Sorgen hinsichtlich dieser Summen auf. Jedenfalls müsse man zu dem Schluss kommen, daß gegenwärtig keinerlei Heilmittel zur Behebung der Schwierigkeiten besteht, in denen Europa gefangen liege. Der Horizont sei nach wie vor mit dunklen Wolken behangen.

## Das österreichische Problem.

### Die österreichischen Unterhändler in Berlin.

m. Berlin, 23. August. (Drahimeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Gestern 3.14 Uhr nachmittags traf aus Prag kommend der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel in Begleitung des österreichischen Finanzministers Graf Segur und dem Gesandten und bevollmächtigten Minister Wildner auf dem Anhalter Bahnhof ein. Die österreichischen Gäste wurden von dem österreichischen Gesandten in Berlin, Dr. Riedl, und dem Stab des Gesandtschafts, von deutscher Seite vom Reichskanzler Dr. Wirth, Staatssekretär Dr. Simon und Geheimrat Rümelin empfangen und begaben sich in die österreichische Gesandtschaft, wo sie Quartier nehmen.

Gestern abend 7 Uhr empfing der Reichspräsident Gertz den österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel, den Finanzminister Dr. Segur und den österreichischen Gesandten Dr. Riedl. Um 8 Uhr abends fand beim österreichischen Gesandten zu Ehren des Bundeskanzlers ein Essen statt, an dem der Reichspräsident, der Reichskanzler und Dr. Simon und eine Reihe anderer Persönlichkeiten der Regierung teilnahmen.

#### Der Erfolg der Prager Reise.

n. Wien, 23. Aug. (Drahimeldung unseres eigenen Berichterstatters.) In bisherigen politischen Kreisen wird den Mutmaßungen, daß die vom Bundesrat gepflogenen Verhandlungen nicht der Erwartung entsprochen hätten, auf das entschieden entgegengesetzt. Vor allem wird der Erklärung des tschechischen Ministerpräsidenten Dr. Beneš, daß die Verhandlungen vor dem Völkerbund doch noch die Realisierung der Österreich gemachten Zuflüchtungen ergeben könnten, großer Wert beigelegt. In dieser Auflösung erklärt die Tschecho-Slowakei die österreichische Frage vor dem Völkerbund mit größter Energie vertreten zu wollen. Dadurch hat sich natürlich die Situation ganz anders gestaltet, als wenn Österreich allein vor den weiterhin zu entschließen, daß für den Fall, daß der Völkerbund auch in dieser Angelegenheit verfügen sollte, die Pläne Beneš über eine weitere aktive Behandlung des österreichischen Problems konkrete Gestalt annehmen würden.

II. Prag, 23. August. (Drahimeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Wie „Lidové Noviny“ berichtet, beruft das offizielle Ergebnis der Prager Reise Dr. Seipels in einer weiteren Abzahlung auf die tschechoslowakische Anleihe, deren Gegenwert nach dem heutigen Kursstand 175 Millionen österreichische Kronen beträgt und die genügend hoch ist, um die österreichische Regierung bis etwa Mitte September, dem Zeitpunkt der Errichtung der neuen Notenbank und der Wirtschaftsreform der neuen Spar- und Steuernahmen über das Schlimmste hinwegzuhelfen.

#### Der Notenlauf in Österreich.

n. Wien, 23. Aug. (Drahimeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Der Notenlauf in der österreichisch-ungarischen Bank betrug am 15. Aug. 914 Millionen Kronen gegen 832 Millionen Kronen am 7. August.

#### Notierung Frankreichs.

d. Paris, 22. Aug. (Eigene Meldung.) In diesen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Demarche des Bundeskanzlers Dr. Seipel in Berlin eine direkte Folge der verschliefen Politik der Entente sei. Der „Intransigeant“ schreibt: Österreich wendet sich an Berlin, und diesmal ist es unser Feind. Das Blatt hebt ferner hervor, daß der Bundeskanzler Seipel nach seinem Berliner Besuch noch Rom besuchen wird; in politischen Kreisen Rom werde bereits erklärt, daß der österreichische Bundeskanzler in Rom außerhalb und herzlichst aufgenommen werden wird.

#### Beilegung des bayrischen Konflikts.

Zustimmung des Ministerrates und der Koalitionsparteien zu den Berliner Abmachungen.

m. Berlin, 23. Aug. (Drahimeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der bayrische Gesandte von Preger teilte gestern der Reichsregierung mit, daß der Ministerrat nunmehr auf den Boden der Berliner Verhandlungen getreten ist. Damit ist der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich endgültig beigelegt.

m. München, 23. Aug. (Drahimeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Amlich wurde gestern in später Abendstunde mitgeteilt: Der Ministerpräsident unterrichtete heut: die Führer der Koalitionsparteien über die Ergebnisse der Berliner Verhandlungen und über die dazu erfolgte Stellungnahme des Ministerrates. Über die endgültige Entscheidung des Ministerrates wird im Laufe des Mittwoch eine ausführliche amtliche Mitteilung erfolgen.

Aus dieser amtlichen Verlautbarung geht hervor, daß die Bevölkerungen, die gestern nachmittag stattfanden, zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Nachdem das Kabinett einstimmig zu der Auffassung gekommen war, daß das Reußtat der letzten Verhandlungen der Minister Dr. Guérine und Dr. Schwerer mit der Reichsregierung in Berlin bestiegen ist, war auch anzunehmen, daß die Stellungnahme der Koalitionsführer nicht anders ausfallen würde, da sonst eine Ministerkrise unvermeidlich gewesen wäre. Der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern ist nun endgültig beigelegt. Die für den heutigen Tag angekündigte amtliche Mitteilung wird zeigen, unter welchen Bedingungen die Schließung des Zwistes erfolgt ist.

#### Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.

A. London, 23. Aug. (Drahimeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Lloyd George wird für das nächste Monat in Genf stattfinden, zu bewohnen. Sollte die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund aufgerollt werden, so wird der englische Premierminister alles tun, die Zulassung zu ermöglichen. Viviani wird jedoch, wie verlautet, dagegen sprechen und zwar aus dem Grunde, weil das Verstreben sehr viel zu wünschen übrig lasse. Die englische Ansicht geht jedoch dahin, daß Deutschland so früh wie möglich zugelassen werden soll.

\* a. Prag, 23. Aug. (Eigene Drahimeldung.) Als Präsident des Völkerbundes für das Jahr 1923 wird von verschiedener Seite der tschechische Gesandte Eduard vorgeschlagen. Da er im nächsten Jahre das Präsidium eines amerikanischen Kongresses leitet, so erhofft man davon eine Stärkung des Ansehens des Völkerbundes in Südamerika, wenn Eduard beide Funktionen in sich vereint. Von anderer Seite wurde bereits Branting vorgeschlagen.

## Die Aufgabe der Delegierten.

m. Berlin, 23. Aug. (Drahimeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Hinter verschlossener Tür wird zwischen den Vertretern der Reparationskommission und der deutschen Reichsregierung verhandelt. Das ist alles, was man weiß. Ganz Neugierige haben auch festgestellt, daß am Dienstag vormittag Verhandlungen im Reichsfinanzministerium der einzelnen Ressorts untereinander stattgefunden haben, denen sich nachmittags weitere Unterhandlungen zwischen dem Finanzminister Dr. Hermann und Staatssekretär a. D. Bergmann angeschlossen, sowie den Herren Bradburn und Mauley. Außerdem scheint sich die Regierung gegen jedermann, gegen das Parlament, gegen die Wirtschaft und gegen die Presse aus. Nur gibt es zwar Leute, die über Einzelheiten zu berichten imstande sind; man weiß aber nicht, ob sie ihr Ohr an das richtige Schloß gelegt haben, sodass man am besten die Wiedergabe all den Kombinationen erwartet, die in Berlin herumgetragen werden und die an der Börse die Grundlage für gefährliche Kursbewegungen werden können.

Wir haben fast die Überzeugung, daß fast allgemein Enttäuschung herrschen würde, wenn plötzlich der Schleier der Geheimnisse fiele. Denn die Abgeordneten der Reparationskommission sind ebenfalls bereit zu bestimmten Abmachungen, sie sollen nur hören und fragen. Sie werden sich also über die Lage der deutschen Wirtschaft und vor allem der deutschen Finanzen, wie sie sich nach dem Zusammenbruch der Mark gezeigt hat, Bericht erstatten lassen und vielleicht auch fragen, wie sich Deutschland zu den einzelnen bestimmten Vorschlägen stellt. Mehr können sie gar nicht. Sie werden dann nach Paris zurückkehren und der Reparationskommission Bericht erstatten, die sich ihrerseits die Entscheidung vorbereitet hat, wobei es möglich ist, daß sie bestimmte Vorschläge mitnehmen, die sie ihrerseits empfehlen wollen. Aber selbst das ist gegenwärtig angesichts der großen Gegensätze, die zu überwinden sind, recht unwahrscheinlich, und die Forderungen Poincarés sind so ungeheuerlich, daß jede einzelne von ihnen weit über das Mögliche und Erträgliche hinausgeht.

Was nun die Überführung des letzten Goldmilliarde der Reichsbank in das befehlte Gebiet anlangt, so ist dazu zu sagen, daß davon schon früher einmal die Rede war. Der Reichsbank gelang es aber damals, diesen Plan zu verhindern. Inzwischen ist — und das ist der Witz dabei — auf Wunsch der Reparationskommission das Autonomiegebot der Reichsbank verabschiedet worden. Vorher bedurfte es nur der Unterschrift des Reichskanzlers, gegen die sich die Reichsbank nicht wehren konnte, um die Goldmilliarde nach Köln oder anderswo hin abzuführen. Heute aber hat der Reichskanzler der Reichsbank nichts mehr zu befürchten, das Reich hat gar kein Recht mehr, auf die Goldmilliarde zurückzugreifen. Es ist ganz ganz selbstverständlich, daß sie sich mit allen Mitteln gegen einen solchen Raub zur Wehr sehen muss. Bleibt also die Beschaffung der Guuben und Forsten, die im Besitz der einzelnen Staaten sind. Auch über diese hat das Reich kein Verfügungsrrecht. Es müßte sich also dahin entscheiden, zu zahlen in Papiermillionen, die den ganzen Ertrag der staatlichen Guuben und Forsten aufzuweisen. Man sieht vorerst keine Möglichkeit, wie darüber hinaus noch Garantien oder produktive Pfänder geschaffen werden können.

#### Gegen die deutsch-französische Annäherung.

EP. Paris, 2. August. Im „Echo de Paris“ befürwortet Bertrandax in der letzten Zeit aufgetauchte Vorschläge für die Bildung eines gegen England gerichteten Kontinentabls und einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland und Deutschland. Er erklärt, eine solche Annäherung wäre nur auf Kosten des Verkaufserlöses und der Reparationen möglich. Die gegenwärtige Verfestigung zwischen Frankreich und England dürfte nur als vorübergehend betrachtet werden. Eine Annäherung an Deutschland würde bedeuten, Deutschland freie Hand im Orient zu lassen und damit den Grundstein zu einem neuen wirtschaftlichen Wohlstand Deutschlands und damit der wirtschaftlichen Macht zu legen. Frankreich braucht aber auch eine solche Annäherung garnicht, weil es auf lange Zeit hinaus eine absolute Militärherrschaft in Europa besiegen werde.

Zu den Berliner Verhandlungen der Reparationskommission erklärt der „Petit Parisien“, daß es noch nicht möglich sei, irgend etwas über den Verlauf der Verhandlungen vorzusagen, da man sich gegenwärtig darauf beschränke, den von beiden Seiten vertretenen Standpunkt klarzustellen. Die Weigerung der deutschen Regierung hinsichtlich der Kontrolle der staatlichen Minen und Forsten sei nicht überraschend, umso mehr als sich Lloyd George gegen die Pfänder ausgesprochen habe. Man könne von ihr nicht verlangen, daß sie royalistischer sei als der König. Auch bestätigt das Blatt die gestern von mehreren Zeitungen wiedergegebene Behauptung, daß die deutsche Regierung auf die Verhandlung der Gegenvorschläge drängen werde, die für ein Moratorium vollkommen neue Pfänder anbieten.

Das „Echo de Paris“ sagt im Zusammenhang mit der englischen Stimmung nach der Rede Poincarés in Varle-Duc, daß in englischen Regierungskreisen eine optimistische Stimmung über das französisch-englische Verhältnis herrsche, da man dort erklärt, es sei noch nicht alles verloren und man müsse den Ausgang der Verhandlungen von Bradbury und Mauley mit der deutschen Reichsregierung abwarten.









